

Thomas Schwarzer

# Die sozialräumliche Spaltung bremsen – aber wie?

---

## Entwicklung der Quartiere in der Stadt Bremen

### In aller Kürze:

---

Die ohne Frage bisher gute Entwicklung der Wirtschaft und der Beschäftigung in Deutschland überdeckt, bei einer Betrachtung allein der Durchschnittswerte, die wachsende regionale Ungleichheit. Wird dies berücksichtigt, zählen Bremen und Bremerhaven nicht zu den dynamischen Wohlstandsregionen in Deutschland, wie andere größere Großstädte. Gemeinsam mit Städten im Ruhrgebiet, im Saarland und in der Pfalz, gehören Bremen und Bremerhaven zu den Regionen im andauernden Strukturwandel. Charakterisiert ist dieser durch die Beharrlichkeit gewachsener Industrie-, Beschäftigungs- und Arbeitskulturen, eine weiterhin vergleichsweise erhöhte Arbeitslosigkeit, einem überdurchschnittlichen großen und verfestigten Segment von Haushalten in Armutslagen und vor allem einer hohen öffentlichen Verschuldung. Neben der räumlichen hat sich gleichzeitig auch die soziale Ungleichheit in Deutschland deutlich verstärkt. Sie ist vor allem auf Veränderungen an den Rändern der Einkommensverteilung zurückzuführen, bei den durch Armut Gefährdeten und den sehr Reichen.

Angesichts dieser Rahmenbedingungen kann es nicht verwundern, dass die sozialräumliche Spaltung in der Stadt Bremen seit 2010 weiter fortgeschritten ist. Trotz der rückläufigen Entwicklung bei der Arbeitslosigkeit insgesamt und auch in vielen Stadtteilen ging diese positive Entwicklung insbesondere an Ortsteilen in Bremen-Nord vorbei. In den Bremer Ortsteilen mit einer bereits hohen Konzentration von Menschen im erwerbsfähigen Alter, die auf Arbeitslosengeld II (Hartz IV) angewiesen sind, hat sich diese noch etwas verstärkt. Das gilt ebenso für Familien, deren Kinder auf staatliche Leistungen wie das Sozialgeld angewiesen sind.

Um zukünftig die Dynamik der sozialräumlichen Spaltung in der Stadt Bremen zu bremsen und die Armutsprävention zu verstärken, benötigt dieses Politikfeld eine effektivere, strategisch ausgerichtete ressortübergreifende Programmverantwortung. Diese ist im Koalitionsvertrag auch angekündigt und sollte nun zügig umgesetzt werden. Dann könnten die geplanten Maßnahmen eines sozialen Arbeitsmarktes, der weitere ganztägige Ausbau von Kitas und Grundschulen, die soziale Wohnungspolitik und eine verbesserte Gesundheitsprävention zu verbesserten Lebensbedingungen auch in Ortsteilen beitragen, in denen viele Menschen mit wenig Geld leben.



### Zunehmend ungleiche regionale Lebensverhältnisse in Deutschland und Bremen

➔ Die Entwicklung der Wirtschaft und der Beschäftigung in Deutschland wird in der öffentlichen Debatte seit Jahren als sehr positiv beschrieben. Vor allem, wenn Vergleiche mit anderen EU-Mitgliedstaaten angestellt werden. Gut geht es Deutschland tatsächlich, aber lediglich im Durchschnitt. Diese dominierende Sichtweise überdeckt,

dass die räumliche Verteilung von Wirtschaftskraft, Beschäftigung und sozialen Lagen immer ungleicher wird. Mittlerweile ist Deutschland räumlich betrachtet ein sehr ungleiches Land. Das bestätigt auch der aktuelle Bericht der Friedrich-Ebert-Stiftung „Ungleiches Deutschland“.<sup>1</sup>

1 Vgl. Fink/Hennicke/Tiemann (2019).

Aus Sicht des Zwei-Städte-Staates Bremen sind die Ergebnisse dieser Studie aufschlussreich und fördern eine realistische Einschätzung. Bremen und Bremerhaven zählen nicht zu den sogenannten dynamischen Wohlstandsregionen, wie zum Beispiel Hamburg und Hannover sowie Wolfsburg und Braunschweig im Norden oder auch Düsseldorf, Köln und Bonn im Westen sowie Frankfurt, Mainz und Darmstadt mit ihrem Umland in der Mitte Deutschlands. Im Süden zählen große Teile von Baden-Württemberg, vor allem der Großraum Stuttgart sowie weite Teile Bayerns, besonders um seine Großstädte München, Regensburg und Nürnberg herum, zu den sogenannten dynamischen Wohlstandsregionen. Das gilt inzwischen ebenfalls für den Großraum Berlin sowie die Stadtregionen Dresden, Leipzig, Erfurt, Jena, Magdeburg und Rostock im Osten Deutschlands. Alle diese Großstadtregionen konnten die lang anhaltende Wachstumsphase von Wirtschaft und Beschäftigung nutzen und sich Wettbewerbsvorteile durch Zukunftsinvestitionen verschaffen. Gleichwohl sollte auch bei diesen prosperierenden Stadtregionen von Wohlstand „im Durchschnitt“ gesprochen werden, denn auch hier gibt es ein erhebliches Segment von Haushalten in Armutslagen beziehungsweise von Geringverdienern, das jedoch langsam kleiner wird. Außerdem geraten auch Haushalte bis hinein in die (untere) Mittelschicht durch steigende Lebenshaltungskosten, vor allem durch hohe Mieten, unter Existenzdruck und werden zum Teil an die Stadtränder verdrängt.

Bremen und besonders Bremerhaven werden in der Studie zu den städtisch geprägten Regionen im andauernden Strukturwandel gezählt: Dazu gehören auch Stadtregionen im Ruhrgebiet um Dortmund, Essen und Duisburg herum sowie Wuppertal und Mönchengladbach; im Westen Deutschlands außerdem große Teile des Saarlands sowie Trier, Kaiserslautern, Pirmasens und Worms in Rheinland-Pfalz. Trotz durchaus vorhandener und Erfolg versprechender Ansätze, verläuft der wirtschaftliche Strukturwandel weniger dynamisch. Gründe hierfür liegen in der Beharrlichkeit gewachsener Industrie-, Beschäftigungs- und Arbeitskulturen, weiterhin vergleichsweise erhöhter Arbeitslosigkeit, einem überdurchschnittlich großen und verfestigten Segment

von Haushalten in Armutslagen beziehungsweise von Geringverdienern, und vor allem in der hohen öffentlichen Verschuldung. Dringend erforderliche Zukunftsinvestitionen konnten lediglich in begrenztem Umfang getätigt werden (Modernisierungstau). Trotz der guten Rahmenbedingungen durch eine wachsende Wirtschaft und weiter steigenden Beschäftigtenzahlen, konnte der „Teufelskreis“ aus Verschuldung, erhöhter Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut bisher nicht wirklich durchbrochen werden.

### **Zunehmend ungleiche soziale Lebensverhältnisse in Deutschland und Bremen**

Zu ähnlichen Ergebnissen wie die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Ungleiches Deutschland“, kommen auch der aktuelle WSI-Verteilungsbericht<sup>2</sup> und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).<sup>3</sup> Durch eine zunehmende Konzentration der Einkommen an den Rändern der Verteilung vergrößern sich die Ungleichheiten. In der kontroversen Debatte um die soziale Spaltung der Gesellschaft herrscht jedoch ein klarer Grundkonsens: Die deutsche Gesellschaft ist heutzutage insgesamt ungleicher, als sie in den 1990er-Jahren war. Die Ungleichheit bei den Einkommen hat vor allem nach der Finanzkrise 2008, ab dem Jahr 2010, stetig zugenommen. Sie ist vor allem auf Veränderungen an den Rändern der Verteilung, also bei Armut und Reichtum zurückzuführen. Immer mehr Einkommen konzentrieren sich bei den sehr Reichen, während gleichzeitig die Armen zunehmend von der Entwicklung der Mitte der Verteilung abgehängt werden.

2 Vgl. Spannagel/Molitor (2019).

3 Vgl. Grabka/Goebel/Liebig (2019).

Mit dem Jahr 2010 setzt dann der starke wirtschaftliche Aufschwung ein, der, wenn auch abgeschwächt, bis heute anhält (*vergleiche den Artikel „Weltwirtschaft lahmt, Gegenwind erreicht das Bundesland. Konjunktur und Beschäftigungsentwicklung im Land Bremen (vor Corona)“ in diesem Bericht, S. 9–15*). Begleitet wird er von einer äußerst positiven Arbeitsmarktlage mit so vielen Erwerbstätigen wie noch nie und einer steigenden Zahl von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Selbst die Zahl der Haushalte, die Arbeitslosengeld II beziehen (Hartz IV), wird kleiner. Dennoch geht die Ungleichheit der Einkommen nicht zurück. Sie steigt im Gegenteil weiter an, erreicht 2016 ihren bisherigen Höhepunkt und immer mehr Menschen sind durch Armut gefährdet. Selbst unter so guten konjunkturellen Bedingungen gelingt es nicht, die Ungleichheit zu verringern und Armut wirksam zu bekämpfen. Für die starke Konzentration der Einkommen am oberen Rand sind vor allem Kapitaleinkommen verantwortlich.

Einer der stärksten Treiber der beschriebenen Entwicklungen sind wachsende Lohnungleichheiten. Im Zeitraum zwischen 2000 und 2010 mussten die unteren Lohngruppen Lohninbußen hinnehmen, während die oberen Lohngruppen profitierten.<sup>4</sup> Seit 2013 jedoch entwickeln sich nach jüngsten Untersuchungen die Reallöhne insgesamt positiv.<sup>5</sup> Mit der Einführung des allgemeinen Mindestlohns im Jahr 2015 auf 8,50 Euro pro Stunde, sind selbst die Stundenlöhne in der Gruppe mit den vergleichsweise niedrigsten Löhnen, überdurchschnittlich stark angestiegen. Allerdings liegen am aktuellen Rand, im Jahr 2018, die Reallöhne der Beschäftigungstengruppen in den einkommensschwachen Segmenten noch immer unterhalb des Niveaus der 1990er-Jahre. Lediglich in der oberen Hälfte der Lohnverteilung steigen die realen Löhne von 1995 bis 2018 zwischen fünf und elf Prozent.

## Wie entwickeln sich die sozial-räumlichen Spaltungen in der Stadt Bremen?

In der Stadt Bremen erstrecken sich vor allem in nördlicher Richtung vom Stadtzentrum aus Stadtteile mit einer überwiegend gut situierten Bewohnerschaft. Ihr Abstand, bezogen auf Einkommen, Bildung, Arbeitslosigkeit und Sozialleistungen ist in den vergangenen Jahren gegenüber jenen Stadtteilen, in denen sich Menschen konzentrieren, die mit wenig Geld leben müssen, größer geworden. Diese gut situierten Stadtteile „laufen“ mittlerweile selbst jenen mit einer durchschnittlichen Entwicklung „davon“. In Schwachhausen, Horn-Lehe, Oberneuland und Borgfeld herrscht mittlerweile quasi Vollbeschäftigung mit Arbeitslosenquoten von unter fünf Prozent. Von dieser insgesamt guten Situation profitiert dort auch die nachfolgende Generation. Sie schließt zu über 70 Prozent ihre Schullaufbahn mit dem Abitur ab, mit entsprechend guten Berufs- und Zukunftsperspektiven. In diesen gut situierten Stadtteilen wird erfreulicherweise auch lediglich für drei Prozent der Kinder (übergangsweise) Sozialgeld nach dem Zweiten Gesetzbuch (SGB II) beantragt. Im gesamten Bremer Stadtgebiet wird dagegen im Durchschnitt für fast jedes dritte Kind diese Sozialleistung beantragt, weil das Einkommen der Eltern nicht ausreicht (31 Prozent 2018).

Diese polarisierten sozialräumlichen Strukturen können anhand verschiedener Themen dargestellt werden. In diesem Text werden dazu beispielhaft zwei Karten verwendet. Eine zu den Erwachsenen in der Stadt Bremen, die Arbeitslosengeld II beziehen (Hartz IV) und eine zum Sozialleistungsbezug der Kinder unter 15 Jahren.

## Die sozial-räumlichen Spaltungen in der Stadt Bremen wachsen weiter

Auch für Bremen und Bremerhaven gilt, dass die Wirtschaft und die Zahl der Beschäftigten wachsen und die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist. Letztere lag in der Stadt Bremen im Jahr 2019 bei knapp über neun Prozent. Lediglich in den Ruhrgebietsstädten Essen, Dortmund und Duisburg liegt die Quote der Arbeitslosigkeit mit etwas über zehn Prozent höher als in Bremen. Trotz einer ebenfalls rückläufigen Quote der Arbeitslosigkeit in Bremerhaven lag sie dort bei 12,5 Prozent im Jahr 2019 und damit deutlich höher als in vergleichbaren Großstädten. Bei dieser Betrachtung handelt es sich jedoch wiederum um Durchschnittswerte.

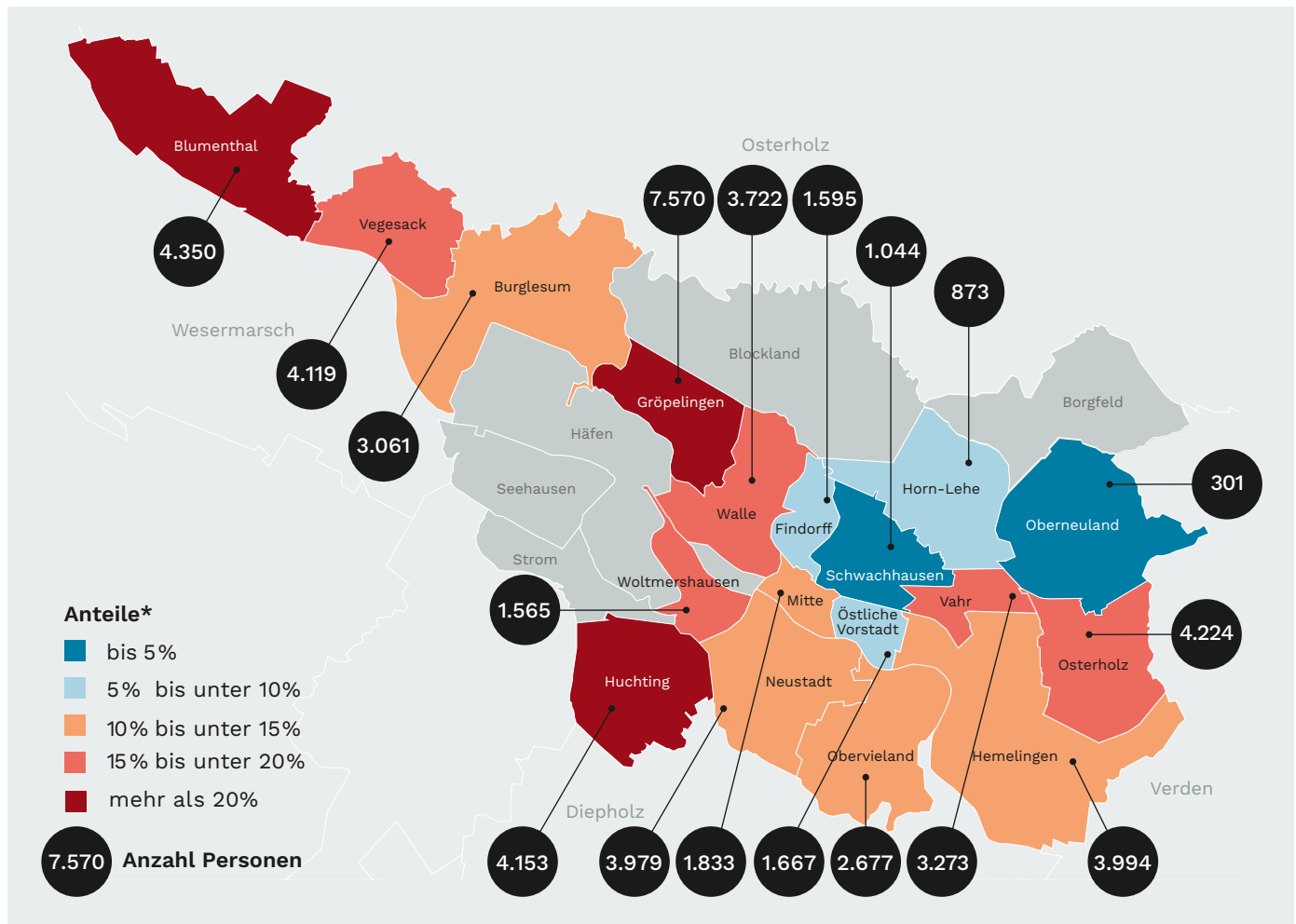
4 Vgl. Fratzscher (2016).

5 Vgl. Grabka/Goebel/Liebig (2019).

Ein genauerer Blick auf die Arbeitslosigkeit in den Bremer Ortsteilen im Jahr 2017, für die aktuell kleinräumige Zahlen vorliegen, zeigt eine gesplante Entwicklung. Insbesondere an den Ortsteilen Lindenhof, Ohlenhof und Gröpelingen gingen positive Entwicklungen bei der Arbeitslosigkeit fast vollständig vorbei. Wie im Jahr 2010 mit knapp über 30 Prozent lag die Arbeitslosenquote in diesen drei Ortsteilen auch 2017 noch bei 30 Prozent beziehungsweise knapp darunter. Ähnlich in Blumenthal, Lüssum-Bockhorn und Grohn. Betroffenen von Arbeitslosigkeit waren 2010 zwischen 20 und 22 Prozent der Erwerbsfähigen und im Jahr 2017 waren es lediglich ein bis zwei Prozentpunkte weniger. Im Ortsteil Grohn gab es sogar einen geringen Anstieg. Eine geringfügige Verbesserung gab es auch in den Ortsteilen in Huchting.

In Zahlen bedeutet das für den Stadtteil Gröpelingen über 7.500 Leistungsberechtigte, in Blumenthal, Osterholz, Huchting und Vegesack über 4.000. Werden auch die deutlich kleineren Bremer Ortsteile betrachtet, zeigen sich noch höhere räumliche Konzentrationen von erwerbsfähigen Leistungsempfängern. Im Ortsteil Gröpelingen sind 40 Prozent auf Sozialleistungen angewiesen, in Ohlenhof 39 Prozent, in Tenever 35 Prozent, in Grohn 34 Prozent, in Lindenhof 33 Prozent, in Blumenthal 31 Prozent und in Lüssum-Bockhorn 30 Prozent.

**Abbildung 1:**  
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (SGB II) – Stadt Bremen 2018



Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Landesamt Bremen; eigene Berechnungen  
 \* Stand 31.12.2018  
 © Arbeitnehmerkammer Bremen



Regine Geraedts

## Exkurs:

# Den sozialen Arbeitsmarkt gestalten

Seit Januar 2019 steht den Jobcentern mit „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ ein neues Förderinstrument zur Verfügung. Damit ist die Umsetzung eines vielfach geforderten sozialen Arbeitsmarkts möglich geworden. Menschen, die mehr als sechs Jahre SGB-II-Leistungen erhalten und absehbar keine Chance auf eine Arbeitsstelle haben, können durch öffentliche Förderung in Beschäftigung kommen, und zwar für bis zu fünf Jahre mit einem Arbeitsvertrag und einem sozialversicherungspflichtigen Lohn. Erfreulich ist auch: Das Land Bremen kofinanziert die Mittel der Jobcenter, sodass über die gesamte Dauer ein Zuschuss für 100 Prozent der Lohnkosten möglich ist. Mindestens 1.500 öffentlich geförderte Arbeitsplätze will das Land Bremen bis 2023 besetzen. Wie aber ein sozialer Arbeitsmarkt vor Ort ausgestaltet werden soll, ist in den beiden Kommunen unseres Zweistädtestaats noch nicht bis zu Ende gedacht.

Das Land möchte gerne viele der geförderten neuen Arbeitsplätze in sozial benachteiligten Stadtteilen und Quartieren ansiedeln. Denn dort bringen sie nicht nur Menschen in Beschäftigung, sondern stärken auch die soziokulturelle Infrastruktur vor Ort. Wichtige Akteure sind die Quartierszentren und vielfältige soziale Stadtteilprojekte, wo sich Menschen treffen, beraten lassen und aktiv werden können. Auch soziale Kaufhäuser und Stadtteilcafés, Nähwerkstätten, Secondhandläden, Wohnumfeld- und Kinderspielplatzpflege gehören dazu. Wie die nötigen sozialräumlichen Netze geknüpft werden zur Beratung von potenziellen Teilnehmenden und Arbeitgebern, wie die verwaltungstechnische Abwicklung insbesondere bei kleinen Trägern unterstützt und die nötige Steuerung von Plätzen in die Quartiere hinein umgesetzt werden kann, muss möglichst zügig entschieden werden.

Wohnquartiere sind gute Ausgangspunkte sozialer Integrationsprozesse. Das gilt besonders für wenig mobile Gruppen wie Eltern mit Kindern und Alleinerziehende. Ein ebenso wichtiger Vorteil sozialräumlicher Ansätze ist die Stärkung der lokalen Ökonomie. Denn der Verdienst wird gerade von Menschen mit geringen Einkommen meist unmittelbar in alltäglichen Konsum umgesetzt und so fließt zusätzliches Geld in benachteiligte Stadtteile und kursiert dort. Doch die Konzentration auf wenige Sozialräume hat auch Nachteile. Denn sie begünstigt die kleinräumige „Territorialisierung“ von sozialen Benachteiligungen und kann bestehende Segregationsprozesse verfestigen. Für die Ausgestaltung eines sozialen Arbeitsmarkts empfiehlt sich daher ein weiterer Schwerpunkt.

Die Arbeitnehmerkammer hat frühzeitig vorgeschlagen, zusätzlich branchenspezifische Netze zu entwickeln und die Beschäftigung um begleitende Weiterbildungsangebote zu ergänzen. Denn das Förderinstrument „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ ermöglicht ausdrücklich das Absolvieren von Qualifizierungen. Für solche Branchennetze empfiehlt es sich, wenige Beschäftigungsfelder mit Personalbedarf und guten Übergangschancen auszuwählen. Dazu gehört die Unterstützung der sozialpädagogischen Arbeit in Kitas ebenso wie pflegerische oder hauswirtschaftliche Tätigkeiten in Pflegeeinrichtungen. Auch handwerkliche Arbeiten beispielsweise am Bau sind denkbar. Mit einer klug abgestimmten Architektur von Bildungsbausteinen lässt sich in diesen Feldern Nachqualifizierung organisieren, die innerhalb der fünf Förderjahre im besten Fall bis zum Berufsabschluss führen können und gute Chancen auf Übernahme und dauerhafte Beschäftigung eröffnen.

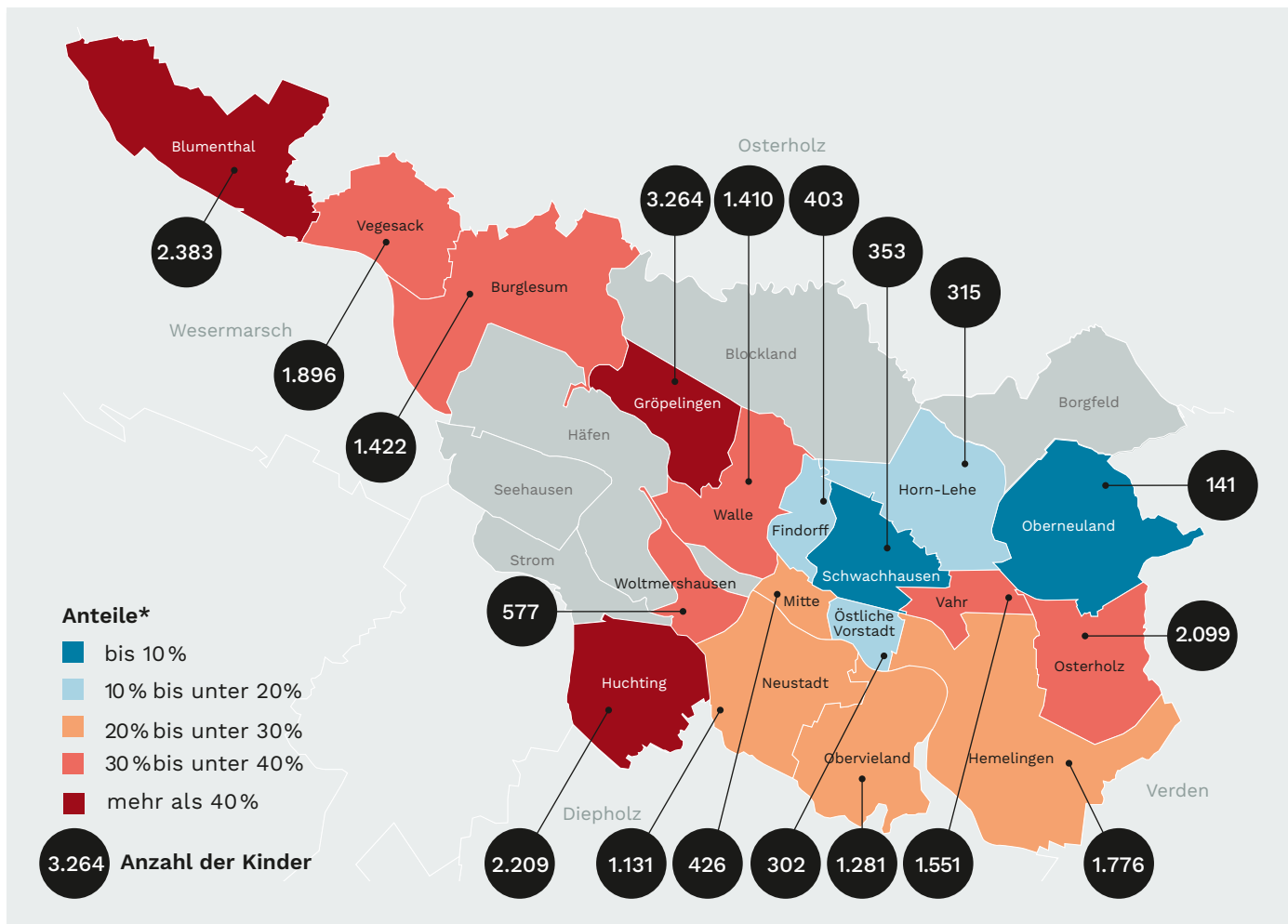
---

## Familien- und Kinderarmut

Erfreulich für die Bremer Stadtgesellschaft ist die deutlich gestiegene Zahl der Kinder. Im Jahr 2018 lebten fast 8.000 Kinder unter 15 Jahren mehr in der Stadt als noch 2013. Viele von ihnen leben insbesondere in den schon zuvor besonders kinderreichen Stadtteilen Gröpelingen, Hemelingen, Osterholz, Obervieland, Blumenthal und Huchting, mit über 5.000 bis 6.000 Kindern in dieser Altersgruppe.

Die Abbildung 2 zum Leistungsbezug von Kindern unter 15 Jahren verdeutlicht bei einem ersten flüchtigen Blick, eine Art „Kernstadt“ um das historische Stadtzentrum herum. Sie reicht von Walle im Westen bis zur Neustadt im Süden, von dort bis Hemelingen im Osten und Oberneuland im Nordosten. Lediglich Stadtteile wie die Vahr und Osterholz, mit ihren Großwohnsiedlungen, kennzeichnet ein über dem Durchschnitt liegender Anteil von Familien, deren Kinder auf Sozialgeld angewiesen sind. Ein genauerer Blick nicht allein auf die Stadtteile, sondern auch auf die Ortsteile, würde außerdem zeigen, dass es auch in Obervieland mit Kattenturm und im nördlichen Teil von Hemelingen Quartiere gibt, mit über dem Durchschnitt liegenden Anteilen von Familien, deren Kinder Sozialgeld benötigen.

**Abbildung 2:**  
Kinder unter 15 Jahren im Leistungsbezug (Sozialgeld) – Stadt Bremen 2018



Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Landesamt Bremen; eigene Berechnungen

\* Stand 31.12.2018

© Arbeitnehmerkammer Bremen

Diejenigen Stadt- und Ortsteile jedoch, die durch einen besonders hohen Anteil von Kindern im Leistungsbezug gekennzeichnet sind (Sozialgeld), befinden sich zunehmend am Bremer Stadtrand. Das gilt vor allem für Blumenthal mit einem Anteil von 45 Prozent der Kinder, Huchting mit 44 Prozent und wiederum Gröpelingen mit 53 Prozent der Kinder im Leistungsbezug. Gerade in diesen Stadtteilen fand in den Jahren von 2013 bis 2018 ein besonders starker zusätzlicher Zuzug von Familien mit Kindern statt – von denen viele ebenfalls auf Sozialleistungen angewiesen sind. Vor allem die Ortsteile in Abbildung 3 waren in diesem Zeitraum besondere Ankunftsquartiere. Dort hat sich die bereits hohe Konzentration von Familien im Leistungsbezug (SGB II) weiter verfestigt und die Kinderarmut ist weiter gestiegen.

**Abbildung 3:**  
**Zusätzliche Kinder im SGB-II-Bezug**  
**2013 bis 2018**

Blumenthal	896
Gröpelingen	498
Veogesack	474
Huchting	316
Hemelungen	302
Walle	296
Burglesum	247

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen; Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

Im Ergebnis haben sich besonders in jenen Stadt- und Ortsteilen, die durch eine bereits hohe Konzentration von Geringverdienern und Sozialleistungsbezug gekennzeichnet sind, die bereits großen Herausforderungen weiter erhöht. Das gilt vor allem für die lokalen Krippen und Kitas bei der täglichen Betreuung und frühen Bildung. Aber ebenso für die Schulen, die für möglichst gerechte Bildungschancen sorgen sollen. Es gilt aber auch für die lokalen Häuser der Familien, für Bremens Quartierszentren, Beratungseinrichtungen und für die Sprachkurse.

Anhand von Zahlen und Fakten, zielen die Forderungen und auch Erwartungen möglichst gerechter Bildungschancen, vor allem auf die (ferne) Zukunft. Im Ortsteil Ohlenhof zum Beispiel beenden 50 Prozent der Jugendlichen zwischen 15 und 18 Jahren ihre Schulzeit mit einem Abschluss unterhalb des mittleren Schulabschlusses. Damit ist die Chance auf einen zukunftssträchtigen Ausbildungsplatz, als

Grundlage für eine gesicherte eigenständige Existenz, nicht sehr groß – zumindest für die Hälfte der Jugendlichen in diesem Ortsteil. Auch in den Ortsteilen Blumenthal und Kattenturm trifft das für rund 45 Prozent der Jugendlichen in dieser Altersgruppe zu, ebenso für 44 Prozent in Gröpelingen, Lindenhof und Woltmershausen sowie in der Neuen Vahr Nord.

### **Stabilisieren und investieren – insbesondere in die WiN-Quartiere**

In der Stadt Bremen gibt es mittlerweile seit über 20 Jahren das vom Bremer Senat aufgelegte kommunale Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN). Es hat sich in all den Jahren zu einem wichtigen Teil einer langfristigen, integrierten Politik sozialer Stadtentwicklung herausgebildet. In den derzeit 14 Fördergebieten sollen mit dem WiN-Programm die alltäglichen Wohn- und Lebensbedingungen stabilisiert und möglichst verbessert werden. Das soll unter anderem durch die Förderung und Mitwirkung von Bewohnerinnen und Bewohnern erreicht werden sowie durch eine koordinierte Zusammenarbeit der lokal Engagierten und der Einrichtungen vor Ort (unterstützt durch Quartiersmanagement). Die positiven Effekte und Wirkungen des WiN-Programms sind mittlerweile durch zwei externe Evaluationen abgesichert.

Mehr noch: Im letzten Evaluationsbericht wird aufgezeigt, dass im Rahmen der WiN-Prozesse vor Ort nicht allein durch die Jahresbudgets rund 2.800 zusätzliche Projekte für die besonderen Bedarfe in den Quartieren umgesetzt werden.<sup>6</sup> Das WiN-Programm, in seiner aktuellen Form, hat sich außerdem als ein wichtiger Impulsgeber für eine integrierte soziale Quartiersentwicklung herausgestellt und die Möglichkeiten zur Teilhabe der Bewohnerinnen und Bewohner vor Ort deutlich verbessert. Aufgrund der ausgesprochen positiven Effekte, die mit im Verhältnis relativ begrenzten Finanzmitteln erreicht wurden, wirke das WiN-Programm integrativ, innovativ und unterstütze in besonderer Weise den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren.

<sup>6</sup> Vgl. Heyn/Heckenroth/Wilbert (2019).



Angesichts dieser positiven Bilanz des WiN-Programms werden im genannten Evaluationsbericht weitere Handlungsbedarfe zum einen auf dem Gebiet der integrierten, sozialen Quartiersentwicklung gesehen

- ▶ im Umgang mit den Armutfolgen sowie mit den ungleichen Chancen in der frühkindlichen und schulischen Bildung;
- ▶ im Bereich der Versorgung mit Wohnraum für Zugezogene aus dem In- und Ausland sowie deren Integration in Kitas, Schulen und soziale Einrichtungen;
- ▶ im Umgang mit mehrfachen Hemmnissen und Hürden beim Zugang zur Ausbildung von jungen Erwachsenen und zum Arbeitsmarkt bei vielen der Bewohnerinnen und Bewohner;
- ▶ im Bereich der Gesundheitsprävention, insbesondere bei den Kindern, aber auch bei vielen Erwachsenen.

Um in diesen breiten Aufgabenfeldern, für die in der Stadt Bremen mehrere Senatsressorts zuständig sind (Kinder und Bildung, Wohnen und Soziales, Wirtschaft und Arbeit sowie Gesundheit), weiter voranzukommen, wird im Evaluationsbericht zum anderen vor allem eine stärker „strategisch ausgerichtete ressortübergreifende Programmverantwortung“ vorgeschlagen.<sup>7</sup> Diese Forderung wurde, aus gutem Grund, auch in den aktuellen Koalitionsvertrag des neuen Bremer Senats nahezu wörtlich übernommen. Dieser bereits in der Vergangenheit immer wieder erhobenen Forderung, sollte der Bremer Senat nun zügig mit einem konstruktiven Vorschlag zur praktischen Umsetzung nachkommen.

## Literatur

---

**Fink, Philipp / Henicke, Martin / Tiemann, Heinrich (2019):** Ungleiches Deutschland, Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019, Friedrich-Ebert-Stiftung.

**Fratzscher, M. (2016):** Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird, März 2016.

**Grabka, Markus M. / Goebel, Jan / Liebig, Stefan (2019):** Wiederanstieg der Einkommensungleichheit – aber auch deutlich steigende Realeinkommen. In: DIW Wochenbericht Nr. 19, 2019, S. 343-353.

**Heyn, Timo / Heckenroth, Meike / Wilbert, Katrin (2019):** Untersuchung zur Fortführung des Bremer Handlungsprogramms „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ – Endbericht. empirica ag, im Auftrag des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr, August 2019.

**Spannagel, Dorothee / Molitor, Katharina (2019):** Einkommen immer ungleicher verteilt. WSI-Verteilungsbericht 2019. In: WSI Mitteilungen, 72. Jahrgang, Nr. 6, 2019, S. 440-450.

---

<sup>7</sup> Vgl. Heyn/Heckenroth/Wilbert (2019), S. 5.